

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Republik auf Abbruch — Der Staat

Ist in Gefahr (von Carl Severing, mit
einer Nachschrift von G. Clemenceau) —

**Pfingstgnade — Das Licht aus dem
Osten — Willkommen**

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 9

JAHRGANG 4

BERLIN

JUNI 1930

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wichtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff - Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetztem Preise anzubieten.

Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden „ 2.— („ „ 3.40)

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 9

Juni 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Republik auf Abbruch

Die Republik ist im Ablauf ihrer Geltungsdauer in der Geschichte Deutschlands etwa da angelangt, wo das Deutschland des Weltkriegs im Jahre 1917 stand. Mit dem Erlahmen der Vormärsche und dem Ausbau der Grabenfestungen an allen Fronten trat im Lande eine Art schicksalhafter Ergebung in einen Zustand ein, der das Leben des ganzen Volkes als unwichtig gegenüber dem zur Gewohnheit gewordenen Massenschlachten empfinden ließ. Der Zweck des wahnwitzigen Mordens schien nur noch in der Erfüllung der Aufgabe zu bestehen, das Versiegen des Blutstroms zu verhindern. In Wahrheit wurde der Krieg weitergeführt, weil seine Veranstalter nichts andres als den Sieg in Rechnung gestellt hatten, einen andern Ausgang in seiner geschäftlichen Auswertungsmöglichkeit nicht übersehen und nun, da doch schon im zweiten Kriegsmonat, nach der Marneschlacht, der militärische Siegesplan hoffnungslos gescheitert war, auf das Wunder warteten, das trotzdem vom Himmel fallen mußte, da Gott seine Deutschen schon nicht verlassen werde. Bis zum Eintreten des Wunders richtete man sich im Kriege selbst kaufmännisch ein und machte aus Not und Tod ein Gewinnunternehmen, wie es sich vor 1914 kein Krupp und kein Stinnes bei aller verwegenen Spekulantengeniertheit hätte erträumen können. Den Herren des Landes, den Grundbesitzern, Industriekönigen und Finanzsultanen, wurde der Krieg zum Selbstzweck, seine Fortsetzung ins Endlose somit zur erwünschten Daseinsform, die ungehemmte Ausplünderung der breiten Massen des eigenen Volkes, die ja auch fast allein den blutigen Teil des Unternehmens bewältigen mußten, solange eine lohnende Lebensbetätigung, bis vielleicht doch ein „Siegfrieden“ das Ansetzen der Blutschraube auch an fremden Volkskörpern ermöglichen würde. Besonders ertragreich erwies sich die Geldgebarung bei der Bereicherung der Kriegsbedarfkapitalisten und

bei der Schröpfung der arbeitenden Massen für die Zwecke des „Durchhaltens“. Die Ablieferung des Goldes war von Anfang an unter Benutzung der geschickt und bedenkenlos eingeheizten Begeisterungspsychose zur nationalen Ehrenpflicht geworden, und wie die Arbeiter, den bewährten Führern wie immer vertrauend, von heute auf morgen lernten, die Bahn der Kühnen zu verlassen, die sie geführt Lassalle und statt dessen der zu folgen, die sie Wilhelm II. und Hindenburg führten, so kratzten alle Kleinbürger ihre paar sauer gesparten Goldstücke aus dem Strumpf, trugen sie mitsamt Trauringen, Broschen und blinkendem Erbkram zu den Sammelstellen, ohne von den dicken Goldketten vor dem Bauch der Kommerzienräte und Fabrikdirektoren belehrt zu werden, daß es nur der Regie der herrschenden Klasse entsprach, wenn Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuster war. Das wüste Spektakelstück des Kriegsanleiheschwindels, bei dem die Marke Scheidemann die Rolle der Anreißer am lautesten spielte, ging mit immer üblerem Gassenhauergegröhle serienweise in Szene, und auch dabei waren die kleinen Sparer die Lackierten und die großen Schieber füllten sich die Taschen. Karl Liebknecht hat in einer seiner letzten Reichstagsreden, am 10. April 1916, den Volksbetrug mit der Kriegsfinanzierung ausgezeichnet angeprangert; er deckte auf, wie dieselben Anleihestücke der Großschieber von einer Anleihe zur andern immer von neuem gezeichnet wurden und jedesmal von neuem verzinst werden mußten und verglich diesen Umlauf von bloßen Quittungen, durch den reiche Leute sich unter patriotischen Verrenkungen auf Kosten der Armut ständig neue Vorteile zu verschaffen wußten, einem Karussellbetrieb. Natürlich erfuhren die Geprellten von Liebknechts Warnung kein Wort, da die „Tribüne“ des Parlaments bekanntlich von allen Redeplätzen des Landes die allgeringste Resonanz hat, während des Krieges aber sogar die Parlamentsberichte der Zeitungen einer Zensur unterlagen, die den wirklichen Inhalt der Liebknechtschen Reden nur aus dem Wutgeschnauf der sozialdemokratischen, konservativen und übrigen regierungsfremden Presse ahnen ließ. Im besonderen Fall wurde die Aufmerksamkeit nur dadurch stärker auf die Anklagen des tapferen Mannes hingelenkt, weil er bei dieser Gelegenheit, wo er an die Seele des Bürgers selbst, nämlich an sein Geschäft, rührte, Prügel bezog und ihm seine Papiere vom geheiligten Redepult der deutschen Volksmeinung herabgerissen wurden. Die spürbare Wirkung der Kriegsfinanzierung mit Volksgut und unter voller Schonung des Gutes der Besitzenden bestand in den Assignaten, die unter dem Namen „Darlehenskassenscheine“ die Inflation einleiteten. Der greise Eugen Dühring wagte als einziger in wütenden Flugblättern gegen das „Wischgeld“ loszugehen und den Staat anzugreifen wegen seiner „Kunst, aus nichts etwas zu machen“. Dieses Etwas nahm allmählich ein gespenstisches Wesen an. Die Geldentwertung wurde in den Massen für Teuerung ge-

halten, zugleich stiegen natürlich die Löhne, mit denen der notwendigste Lebensbedarf dennoch nicht gedeckt werden konnte. Die Rationierung der Subsistenzmittel nach „Anteilen“, das Rechnen nach Brot-, Zucker-, Fett-, Eierkarten, die Zuweisung geringster Mengen Milch, Haferflocken usw. an die Kinder, die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt durch die Blockade wurde den Arbeitern dadurch scheinbar ausgeglichen, daß sie sich für die Menge Geldscheine immerhin einiges leisten konnten, was im allgemeinen nur für vermögende Leute bestimmt war und infolgedessen auch während der Hungersnot des Krieges keiner Einschränkung unterworfen war. Besonders die Granatendreherei, die Giftmischerei und alle den menschlichen Organismus zerschmetternde Arbeit für den Mordbedarf wurde dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß man den damit beschäftigten Arbeitern die Geldscheine, die ja nur Scheingeld waren und bloß gedruckt und unter Zwangskurs gestellt zu werden brauchten, um für voll angesehen zu werden, in die Tasche pflanzte. „Die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“, schrieb Franz Mehring in einem Briefe an mich vom 18. August 1917, „macht die Sache (es handelte sich um eine Anregung von mir, die sich auf die Belebung des revolutionären Geistes bezog) vollends hoffnungslos, und das Ekelhafteste ist, daß die Arbeiter durch die hohen Löhne der Munitionsindustrie korrumpiert worden sind und werden.“ Ich antwortete ihm optimistischer in dem Sinne, daß die Munitionsarbeiter wohl Sekt söfften, sich aber dabei keine Hosen kaufen könnten und ihre Kinder verelenden sehr müßten, das würde sie schon noch zur Besinnung bringen. Fünf Monate später traten sie in den Ausstand.

Die Wirtschaftslage war mit der Universalvolksnahrung der Steckrüben gekennzeichnet. Das Proletariat wurde mit Papier still gehalten, während die Unternehmer fortfuhren, ihre Profite in Gold zu berechnen. Das Proletariat wurde aus allen Giftleitungen mit Haßgesängen gegen die bösen Feinde übergossen, während die Unternehmer fortfuhren, mit diesen Feinden einträgliche Geschäfte zu machen, sie sogar auf Umwegen mit Material versahen, das der Ausrottung deutscher Arbeiter diene. Die politische Leitung des gesamten öffentlichen Gebarens lag in den Händen der militärischen Leitung. Ludendorff war unumschränkter Diktator und gab eigentlich den faschistischen Diktaturen der Nachkriegszeit das erste Beispiel einer staatlichen Hausvaterschaft, die es als ihre einzige Aufgabe betrachtet, durch gewalttätige Stützmaßnahmen und prunkvolle Behängung der bresthaften Stellen die Tatsache zu verschleiern, daß der Bau auf Abbruch steht. Es ist ganz töricht, zu leugnen, daß Ludendorff durchaus der Mann war, solche Aufgabe zu erfüllen; eine Natur von ungeheurer Willensstärke, von keiner kritischen Ueberlegung, von keiner Rücksicht auf die Katastrophe gehemmt, die beim Versagen eines kleinsten in die Rechnung gestellten Faktors notwendig eintreten mußte. Man mag das Eifern des von der

Republik reichlich besoldeten pensionierten Generals gegen die Zustände ungemein albern finden, die auf sein Wirken und aus seinem Wirken gefolgt sind, man mag zumal seine Beweismittel zur Entlarvung von Juden, Jesuiten und Freimaurern belachen, die der verzweifelt jüdisch anmutenden kabbalistischen Zahlenmystik entnommen zu sein scheinen, man mag seine bedenkenlose Selbstvergotung in Verbindung mit den offenkundigen Verfolgungsideen, die ihn überall ängstigen, für Ausgeburten eines gestörten Geistes halten, — daß der Mann innerhalb seines engen Gedankenkreises konsequent ist, wird ihm niemand abstreiten, daß er fähig ist, aus der Konsequenz seines Denkens den Entschluß zum Handeln abzuleiten, niemand bezweifeln können. Ludendorff, besessen von dem Verlangen, einen Krieg, an dem nichts mehr zu gewinnen war, siegreich zu Ende zu führen, von dem Wahn, durch Errichtung einer deutschen Schreckensherrschaft über Europa die nationalen Werte der Deutschen zu vermehren und zu erhöhen, von dem Trieb, die unermeßliche Macht, über die er verfügte, dadurch dauernd zu machen, daß er den abgewirtschafteten Hohenzollern eine von ihm abhängige Scheinmacht rettete, pulverte den Kriegswillen seiner wahren Auftraggeber, der Kapitalisten, täglich neu auf, indem er ihnen die Ausbeutung der Erzlager von Longwy und Briey, der flandrischen Häfen, der polnischen Kohlengruben, der rumänischen Petroleumquellen, der afrikanischen Kolonien Englands und Portugals nebst dem belgischen Kongo in nahe Aussicht stellte, deren Besitz ihm zugleich kriegerische Möglichkeiten für Jahrhunderte hinaus unter den denkbar günstigsten Bedingungen mit dem Ziele der deutschen Welteroberung zu verbürgen schien. Seine nächste Aufgabe aber sah er in der Erschließung neuer Unterhaltsquellen für die kaiserlichen Armeen. Die Wirkungen der Blockade, soweit sie das kriegführende „Menschenmaterial“ betrafen, mußten überwunden werden, um dann, — wann, wie, durch welches Wunder, war spätere Sorge — die Entscheidung des Krieges und das deutsche Friedensdiktat zu erzwingen. So wurde mit maßlosen Blutopfern eine Offensive nach der andern durchgeführt, der Kriegsschauplatz immer weiter gedehnt, immer mit dem gleichen Ziel, Getreide, Kohlen, Metall, Kriegsmaterial, Menschenkraft zusammenzubringen, die das abbruchreife Haus noch einmal stützen, die Fassade noch einmal drapieren mochten, bis man es von innen heraus erneuen und zum herrlichen Palast ausbauen könnte. Das „Durchhalten“ mußten Begeisterung und Terror verbürgen. Inzwischen wurden im Innern den Hausfrauen die Waschkessel weggenommen, die Ofentüren abgeschraubt, die Messingstangen von den Vorhängen gerissen; die Kupferdächer wurden abgedeckt und die Kirchenglocken eingeschmolzen, der Abbruch also, den man verhindern wollte, unter eigener Leitung mit Hochdruck betrieben. Im November 1918 fiel dann der Bau in sich selber zusammen.

Der Rückblick auf das Jahr 1917 regt in vielfacher Hinsicht zu Vergleichen an. Vor allem ist die Stimmung unter den proletarischen Massen 1930 der des Steckrübenjahres ungemein ähnlich. Tiefe Beklemmung im Gefühl ohnmächtiger Rechtlosigkeit lastet auf den Gemütern. Das Vertrauen zur Führung des Staates ist im gleichen Maße zerronnen wie damals das zur Obersten Heeresleitung. Das Bewußtsein, mit klingenden Redensarten über Jammer und Elend hinweggetäuscht zu werden, ist, ohne noch recht wach zu sein, doch schon überall spürbar. Die Unfähigkeit der Regierer, über die Befriedigung der Ansprüche der Profitgeier hinaus irgend etwas zu leisten, was den mäßigsten Forderungen der Massen nach Berücksichtigung ihres nackten Daseinsrechtes entgegenkäme, ist sogar schon allgemein erkannt. Auf die Frage, ob denn jemand glaube, die fürchterlichen Zustände, unter denen wir leben müssen, könnten als Norm des gesellschaftlichen Lebens von Bestand sein, wagen nur noch Personen eine begütigende Antwort zu geben, die in irgend einer Form ihre wirtschaftliche Existenz mit der Fortdauer dieser Zustände verbunden haben. Die große Mehrzahl der Arbeiter machen es wie die Soldaten 1917: sie ächzen unter dem Druck der Verhältnisse, wissen sich der Willkür feindseliger Gewalten, die ihren Nutzen daraus ziehen, ausgeliefert, hoffen auf einen Wechsel der Dinge, ohne den Ausweg zu sehn und verweisen, wenn sie an die Kraft des eigenen Entschlusses erinnert werden, auf die Entschlußlosigkeit ihrer Leidensgenossen. Der Uebermut der Machthaber gleicht in verblüffender Weise dem der Kriegsdespoten, und beim Auftreten aller Art Schwierigkeiten können sie sich mit derselben Unbekümmertheit auf die Hilfe der Sozialdemokraten verlassen wie in der großen Zeit des Burgfriedens. Ob Ludendorff vaterländischen Hilfsdienst befahl oder ob Schiele dem zollfreien Gefrierfleisch den Markt sperrt, für die Heilmänner gilt in Monarchie und Republik die Losung: wir gehen mit Hindenburg.

Hindenburg war das Symbol des Kaiserreiches, das dem Abbruch verfallen war. Er wurde gerufen, die Fenster des morschen Palastes zu illuminieren, und die Sozialdemokraten blickten ehrfürchtig an den Rissen des Gemäuers hinauf, die sie jahrzehntelang den Arbeitern verachtungsvoll gezeigt hatten und riefen beglückt: seht das stolze Bauwerk, ihr tapferen Deutschen, helft Hindenburg, es für das ganze Volk zu retten; sein Sieg wird unser Sieg sein, der Kaiser wird uns die Demokratie schenken und auch wir werden Einzug halten in die heiligen Hallen des Volksstaates, in dem das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht dem Pflug und dem Amboß ihren vollgültigen Platz neben Thron und Altar erobern wird.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
in dem wir siegen, — nun, wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
nur gleiches Recht für jedermann!

Und sie bewilligten Hindenburg seine Kriegskredite und seine Kanonen, seine Giftgase und Unterseeboote, seine Pressezensoren und Schutzhaftgefängnisse, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter mit Frauen und Kindern und den ganzen deutschen Nachwuchs. Sie wandten nichts ein gegen den Einfall in Belgien und nichts gegen die sinnlose Zerstörung von Löwen, nichts gegen die Zeppelinangriffe auf unverteidigte Städte und nichts gegen die Versenkung von Passagierschiffen; sie schwiegen zu den Deportationen der belgischen Zivilbevölkerung und zu den grauenvollen Untaten der verbündeten Oesterreicher in Serbien und zu allen übrigen Kriegslumpereien der Zentralmächte; sie schwiegen sogar zu der in aller Menschengeschichte beispiellosen Ausrottung des Millionenvolkes der Armenier durch die jungtürkischen Scheusale Enver und Talaat. (Ueber dieses schändlichste Verbrechen, das je ein Staat gegen ein Volk verübt hat, ist eben eine überaus lesenswerte kleine Schrift erschienen: Heinrich Vierbücher „Armenien 1915. Die Abschachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf. Kauft und verbreitet diese furchtbare Aufklärungsschrift und nehmt die schlaflose Nacht in Kauf, die ihre Kenntnis verursacht!) Die Sozialdemokraten schluckten jede Entwürdigung und jede Entrechtung des Proletariats und bliesen nur in die Entrüstungstrompete, wenn die feindlichen Regierungen ähnliche Niedertracht verübten wie die eigene. Die Arbeiter aber, die dem revolutionären Grundsatz die Treue hielten: der Feind steht im eigenen Lande!, das Proletariat hat keinen andern Krieg zu führen als den gegen seine Ausbeuter! — sie wurden von den Führern, die ihnen diese Klassenlehre selber beigebracht hatten, an Hindenburg ausgeliefert, und als das Maß voll war und der Januarstreik 1918 den Hindenburgs und Eberts das Zeichen gab: es ist genug!, das russische Volk ist aufgestanden und verlangt Frieden und Sozialismus!, wir verweigern euch die Gefolgschaft zum Kriege gegen die russische Revolution!, — da stellten sich die Eberts zum Scheine an die Spitze der Bewegung und überreichten den Hindenburgs den Leichnam des erwürgten Genius der proletarischen Solidarität. Als dreiviertel Jahre später dennoch Tag wurde in Deutschland, ließ es das Proletariat zu, daß sich dieselben Eberts wieder an die Spitze der Erhebung stellten und an Stelle des eingestürzten Baues der Monarchie mit den Klamotten der verkrachten Bruchbude von den bankrotten Architekten des Kaisertums nach den alten verzeichneten Plänen mit allen Besenkammern und Hintertreppen von ehedem den Staat zusammenzimmerten, den sie Republik nannten. Sie setzten den Noske zum Befehlshaber der Landsknechtshaufen ein, die die Trümmer der Vergangenheit bewachen und die Arbeiter töten mußten, denen es beikam, an deren Stelle eine eigene Gartenanlage setzen zu wollen. Nur das schwarzweißrote Türschild wurde schwarzrotgolden übermalt, Scheidemann plakatierte am Ladenfenster auf rosa Pappe: Friede, Freiheit, Brot!, und inner

wurde eine Hausordnung angenagelt, worin der Torflokus als Wasserkloset bezeichnet und die Räume benannt wurden, wo später mal Teppiche gelegt und Damastvorhänge befestigt werden sollten. Auch wurde darin bestimmt, daß, wer die moderne, gesunde, zweckmäßige und dauerhafte Anlage der Wohnung bestreiten und mit Reinigungsgeräten sich an den Boden der Tatsachen heranmachen wollte, des Hochverrats schuldig sei. In der guten Stube wurde für Ebert ein Quastenfauteuil aufgestellt, rings um ihn herum durfte die sozialdemokratische Führung Platz nehmen und in die übrigen besseren Räume konnten die kaiserlichen Geheimräte und Würdenträger wieder einziehen. Die Sozialdemokraten haben das neue Haus aus den alten Klamotten demokratisch regiert, und so blühten die Geschäfte derer, deren Geschäfte unter der Monarchie schon reife Knospen waren, üppiger denn je auf, und die kaiserlichen Generäle und die junkerlichen Schnapphähne und die Schlotbarone und die Bankfürsten machten ihren Frieden mit der demokratischen Republik, machten ihr Inflationsgeschäft und rationalisierten die Wirtschaft, und die Republik nahm die besten Hausleute von früher wieder zur Führung des Unternehmens; der oberste Mann ist wieder Hindenburg und das Haus steht wieder auf Abbruch.

Maximilian Harden hat einmal geschrieben: Früher war Deutschland eine saubere Kaserne, jetzt ist es eine schmutzige Kaserne. Tatsächlich scheint das gegenwärtige Deutschland berufen, der Menschheit das Verenden des Regierungsprinzips, den Untergang aller Staatskünste im Schmutze des Parteiwesens, des Privateigennutzes, der Korruption und der Heuchelei plastisch vorzuführen. Was sich hierzulande unter der Bezeichnung Demokratie an täglichen Schändlichkeiten begibt, hat mit der Aufrechthaltung irgendeiner, noch so jämmerlichen, öffentlichen Ordnung gar nichts zu tun; es ist kaum mehr etwas andres als die panikartige Rauferei von den arbeitenden Volksmassen losgelöster Klüngel um die Herrschaft über diese Massen, mit dem Bestreben, beim Abbruch oder Einsturz der in allen Balken knarrenden Kaserne den verwertbaren Teil der Inneneinrichtung für das geplante eigene Staatsgeschäft zu retten. Den Opfern der Tollheit aber, den Arbeitern, wird von allen der gleiche Rat gegeben: gebt eure Stimmen nicht den andern, sondern uns! wahr! Disziplin!, helft uns, die Staatsregierung zu übernehmen, dann wird für euch gesorgt sein! So wurde den Arbeitern 1917 eingeredet, wenn sie im Kriege die Partei Wilhelms und Hindenburgs nähmen, statt ihre Klasseninteressen zu wahren und den Krieg der Arbeiter gegeneinander durch den Aufstand der Arbeiter im eigenen Lande gegen die eigenen Bedrücker zu beenden, dann würde das ihre Befreiung, ihren Wohlstand, das Ende ihrer Not und den Anfang der Gleichheit und des Glückes bedeuten. So ließen sie, mehr apathisch als gläubig, die Generalkommandos und die zivilen Kriegsregisseure gewähren, ließen sich durch scheinbar hohe Löhne korrumpieren

und schrien auf Verlangen Hurra, wodurch „die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“ nur noch schauerlicher wirkte. Diesem Zustand entspricht heute das träge Sichabfinden des Proletariats mit dem Gewerke der demokratischen Republik. Sogar die parteikommunistischen Arbeiter, die es ehrlich mit der Revolution meinen und sich vom Staate nicht korrumpieren lassen, verzichten ihren eigenen Führern gegenüber auf jede Kritik, lassen sich wie alle andern mit Wahlparolen bescheiden machen und können mit allen Hoch! und Nieder! bei ihren von Zentralinstanzen angeordneten Demonstrationen nicht die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt überlärmen, die Franz Mehring vielleicht auch heute wieder hoffnungslos stimmen würde.

Dennoch ist zur Hoffnungslosigkeit zurzeit so wenig Anlaß wie 1917. Der Augenblick, wo die Unerträglichkeit der Verhältnisse sich entladen muß, wird ohne allen Zweifel eintreten, zumal der Staat, der diese Verhältnisse schafft, den Arbeitern nicht mehr wie damals den Schein eines wirtschaftlichen Ausgleichs zu bieten hat — auch würde das Proletariat auf keine neue Inflation mehr herineinfallen —, sondern sich ganz allein auf die Anwendung Ludendorffscher Terrormittel zur gewaltsamen Niederhaltung der Unzufriedenheit beschränken muß. Die letzte Klugheit der regierenden Gewalten bestand darin, daß sie die Sozialdemokraten aus der Reichsleitung entfernt und in die Opposition geschickt haben. Dadurch ist den Managern der Youngverknächtung, der volksfeindlichsten Massensteuern, der Nahrungsmittelteuerung durch die neuen Hochschutzzölle, der vollständigen Auslieferung der arbeitenden Bevölkerung an die Industrie, die Börse und den Großgrundbesitz vorübergehend noch einmal die Möglichkeit geboten, bei dem völlig unkritischen Teil der Arbeiterschaft, der die Massenorganisation der Zentralgewerkschaften füllt, in der Pose der Helfer in der Not zu erscheinen, jeder Bewegung ernststen Widerstands von unten also rechtzeitig ein Bein zu stellen. Es ist ja bezeichnend genug, daß sie erst in dem Augenblick den Tritt erhielten, als ihr Severing als letzte Staatsmannstat das Gesetz zum Schutz der Republik gegen ihre Arbeiter unter Hindenburgs Dach gebracht hatte. Die Leser finden dieses Gesetz im vorliegenden Heft im Wortlaut wiedergegeben. Hier aber sei in Erinnerung gebracht, was der kleine Metallarbeiter dem Reichstag am Zehnjahrestage des Kapp-Putsches, am 13. März, zur Begründung erklärte. In seiner Rede hieß es: „Wir brauchen dieses Gesetz nicht allein zum Schutz der Republik. Auch die Deutschnationalen haben im Jahre 1927 der Verlängerung des Republikschutzgesetzes zugestimmt mit der Begründung, daß man dadurch der kommunistischen Gefahr begegnen könnte. Heute brauchen wir das Republikschutzgesetz noch notwendiger, das sollten auch die Deutschnationalen begreifen. Im Jahre 1927 hatten wir ein Jahr der Konjunktur mit einer verhältnismäßig geringen Arbeitslosen-

zahl, dagegen haben wir gegenwärtig über drei Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosen sind das Rekrutierungsfeld der Linksradikalen. Wollen Sie in dieser Zeit der Republik den Schutz versagen? . . . Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Machtmittel des Staates, bevor sie abgenutzt sind, eingesetzt werden.“ So deutlich konnte der Sozialdemokrat zu den Vertretern des Besitzes reden im Vertrauen darauf, daß, was von der Tribüne des Parlaments gesprochen wird, ja doch nicht bis zu den Massen dringt. Jetzt aber steht er mit den Seinen wieder vor den Arbeitern und klagt die Brüning-Treviranus-Schiele-Regierung der Reaktion an, damit das Proletariat nicht merke, daß die Republik auf Abbruch steht und auf den Gedanken komme, daß das Fallende gestoßen werden müsse.

Die Passivität des Proletariats wird trotz der sozialdemokratischen Betulichkeit nicht dauernd dumpf gehalten werden können. Hunger allein freilich bringt keine Revolutionen hervor. Es gehört immer noch die Einsicht dazu, daß Hunger und Verwahrlosung Folgen schuldhaften Verhaltens sind. Niemand kann bei der engelgleichen Geduld der deutschen Arbeiter voraussagen, wann diese Einsicht bei ihnen reif zu Entschlüssen sein wird; aber soviel kann man beobachten, daß tief bis in die Schichten selbst der teilnahmslosesten Arbeiter das Gefühl wach wird: mit uns wird Schindluder getrieben! Gewisse Tatsachen prägen sich auch ohne besondere Aufmerksamkeit ein. Daß die wilde Steuer- und Zollgesetzgebung und das Hochschnellen der Erwerbslosenziffern gleichzeitig mit der Einleitung der Youngbestimmungen kam, bringt auch den Harmlosesten auf den Gedanken ursächlicher Zusammenhänge. Dann kam die Frage an den Deutschnationalen Hindenburg, ob er die Befestigung der Kette für zwei Generationen gutheiße, und Hindenburg erklärte: Ja, aber nur in der Erwartung, daß dem deutschen Osten geholfen würde. Der deutsche Osten: das sind etwa 200—300 ostelbische Großgrundbesitzer, und schon haben wir das Ostprogramm, bestehend in einer Liebesgabe an die Agrarier, deren Enteignung 1918 dank der sozialdemokratischen Verräterei unterblieben ist, im Betrage von ungefähr 700 Millionen Mark; das ist so ziemlich der gleiche Betrag, den die Regierung, der der Sozialdemokrat Sollmann als Innen- und sein Parteigenosse Schmidt als Arbeitsminister angehörten, nach der Besetzung des Ruhrgebietes als Liebesgabe den rheinisch-westfälischen Industriemagnaten zuwies, als Entschädigung dafür, daß sie sich inzwischen durch die Hochzüchtung der Inflation auf Kosten der Arbeiterschaft ungeheuerlich bereichert hatten. Die Kosten für die agrarische Liebesgabe wird durch gründliche Kürzung der Erwerbslosen- und Krisenbezüge aufgebracht, während zugleich der Etat für die Wehrmacht seit dem vorigen Jahr um weit über 40 Millionen Mark gestiegen ist. Zugleich beginnt das Unternehmertum eine großangelegte Operation auf dem Wirtschaftsmarkt, die auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne bei gleichzeitiger

Steigerung der Leistungen der arbeitenden Proletarier für ihre arbeitslosen Klassengenossen abzielt. Ebenso gleichzeitig werden überall neue Korruptionsskandale öffentlich bekannt, und in Berlin stellt sich heraus, daß ein paar außerordentlich reich dotierte Stadtbonden die Möglichkeit hatten, durch Schiebergeschäfte die Bevölkerung um mindestens 100 Millionen Mark zu schädigen. Das Geld muß dadurch wieder eingebracht werden, daß Wasser, Licht, Kochgas, Mieten, Verkehr verteuert und bei der Gesundheit und der Schulung der Arbeiterkinder gespart wird.

Wählt richtig! heißt bei solchen Enthüllungen die rettende Anweisung aller Parteien. Vielleicht hilft das Beispiel des Herrn Frick in Thüringen, die Arbeiterschaft von Illusionen befreien. Der Mann hat so laut wie einer gegen die demokratischen Methoden der Republik geeifert. Seine Ministertätigkeit begann damit, daß er sich eine gute Pension für die Zeit nach getaner Leistung sicherte; dann war er der erste, der das zuvor wild bekämpfte Republikschutzgesetz gegen unzufriedene Arbeiter anwandte. Daß er Polizeistellen mit seinen Parteigenossen besetzt, beweist nur, daß er das parlamentarische System nicht anders einschätzt und nicht anders handhabt als alle übrigen Parteiminister auch, und die Albernheit der antisemitischen Schulgebete ist nebst allen andern pennälerhaften Ungezogenheiten Reklameklappern für den randalierenden Anhang. Die Sozialdemokraten hoffen auch schon wieder, mittels Wahlen zu den Pfründen zurückzugelangen. Dabei haben die letzten Wahlen ihnen ja schon einen jubelnd gefeierten Riesensieg beschert, der weder die Müller, Severing, Hilferding und Wissell, denen er auf die Ministersessel half, hinderte, den Gröners ihre Panzerkreuzer zu bewilligen und auch nur den krassesten Schaden vom Proletariat abzuwenden, noch ihr Festsitzen auf den Obrigkeitsthronchen sicherte. Es hat sich gezeigt, daß der zurzeit wirkende „Rechtsblock“ auf Grund der gepriesenen „Linkswahlen“ ebenfalls das demokratische System repräsentiert.

Es ist auch gleichgültig, wie die Regierung aussieht, die den Laden der Republik bedient. Was darin verkauft wird, ist immer dasselbe: die Knochen der Arbeiter und die Zukunft ihrer Kinder. Das Geschäft ist aber so gut wie pleite, und der Abbruch wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Worauf alles ankommt, ist, was die Menschen danach mit dem Bauplatz anfangen. Wollen sie wieder einen Staat darauf aufbauen, so wird ihnen nichts übrigbleiben, als ihm mit den alten, abgenutzten Klamotten aufzurichten, die die fatale Eigenschaft haben, immer dem arbeitenden Volk auf den Schädel zu fallen. Es wird nötig sein, die Klamotten bis zum letzten Rest zu verbrennen und auf der Stätte, wo freie Menschen in fruchtbarer Arbeit miteinander leben wollen, eine Gesellschaft zu schaffen, die keine Ähnlichkeit mehr mit einem Staat hat, eine Gesellschaft ohne Obrigkeit und zentrales Gesetz, in der die Werte

schaffenden Menschen ihre Räte bestimmen und von unten auf, im freien Bündnis als Gleiche in Rechten und Pflichten die eigenen Angelegenheiten verwalten. Man nennt diesen Zustand Anarchie.

Der Staat ist in Gefahr !

Es scheint angezeigt, in einer revolutionären Zeitschrift, in welcher der Staat stets als der Feind des Proletariats betrachtet wurde, auch einmal den Vertreter einer andern Richtung der Arbeiterbewegung zu Worte kommen zu lassen. Die Leser mögen sich danach selbst entscheiden, ob sie ihre Neigung lieber dem anarchistischen Sozialismus oder dem von Sozialisten regierten Staat zuwenden sollen. Der Verfasser der nachfolgenden Fleißarbeit heißt Carl Severing. Am 1. Juni 1875 wurde er als Sohn eines Zigarrensortierers in Herford geboren — herzlichen Glückwunsch zum 55. Geburtstag! — und entwickelte schon in der Volksschule allerlei Gaben, die Großes voraussehen ließen. Ursprünglich dem Schlosserhandwerk bestimmt, wandte er sich später der Staatskunst zu, nicht ohne vorher Süddeutschland und die Schweiz bereist und die Mitgliedschaft bei einem Konsumverein erworben zu haben (1901). Auf dem dornenvollen Wege zu den Höhen der Sozialdemokratie, auf dem er schon sehr früh die werktätige Arbeit mit der anstrengenden Tätigkeit eines gewerbsmäßigen Arbeiterführers vertauschen mußte, gelangte er rasch zu reichlichen Mandaten als Bevollmächtigter, Stadtverordneter, Vorsitzender, Reichstags-, Nationalversammlungs- und preußischer Landtagsabgeordneter. Trotzdem blieb er im Herzen der Schlosserei treu und konstruierte z. B. 1920 den Schlüssel zum Bielefelder Abkommen, der bekanntlich, als die Rotarmisten damit eingesperrt waren, im Schloß abbrach. Es gelang dem strebsamen Sohn des Volkes, bis zum preußischen Minister des Innern aufzurücken, von welchem Platz aus er oftmals verblendete Proletarier mit Hilfe von polizeilichen Panzerwagen und Maschinengewehren zu beruhigen und ins Staatsganze einzuordnen mußte. Manche sind in entsprechenden Anstalten noch heute eingeordnet. So vorbereitet bestieg er schließlich den Posten des Reichsinnenministers, als welcher er Herrn von Hindenburg eine treue Hilfe war. Seiner Weisheit und Gerechtigkeit ist es z. B. zuzuschreiben, daß der Rote Frontkämpferbund auf Grund des Versailler Friedensvertrages verboten wurde, während Hitlers Sturmabteilungen noch heute unbehelligt in Deutschland die Wacht halten. In der Eigenschaft als Reichsinnenminister verfaßte er auch den nachfolgenden Beitrag, bei dem ihm nur ein paar von Bismarck übriggelassene Geheimräte geholfen haben sollen. Die Namen Hindenburg und Guérard umrahmen seine Unterschrift sozusagen nur als Trauzeugen. Zurzeit befindet sich unser Mitarbeiter im pensionierten Ruhestande. Aber ein Mann wie Carl Severing gönnt sich keine Ruhe. Wie wir bestimmt zu wissen glauben, arbeitet er bereits an einem Gesetzentwurf über die Handhabung des Art. 48 der Reichsverfassung, die er sogleich nach Wiedererlangung des aus Versehen vorübergehend verlorenen Ministerpostens durchsetzen will. Er hofft, damit sein reiches Lebenswerk vollenden und dereinst mit dem Ruhme abscheiden zu können, den Staat vor den Ansprüchen linksradikaler Arbeiter dauernd geschützt zu haben. Wir erheben laut unsre Stimme, um die Hüter der öffentlichen Ordnung zu ermahnen: Gebt uns unsern Severing

wieder! Der Staat ist in Gefahr, seinen großen Sohn in Bielefeld versauern zu lassen.

Um den Lesern die Möglichkeit zu geben, die Auffassung eines alten bürgerlichen Staatsmanns mit der des Sozialisten Severing in Vergleich zu stellen, lassen wir einige Sätze des „Tigers“ Georges Clémenceau den Ausführungen Severings folgen. Möge ein jeder selbst befinden, wo wahre Staatsgesinnung lebendig ist.

Die Schriftleitung.

Gesetz zum Schutz der Republik. Vom 25. März 1930.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verabredung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. — Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Bedrohten so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

§ 2.

Wer von dem Bestehen einer im § 1 genannten Verbindung oder Verabredung oder von dem Plane oder dem Vorhaben, eine Person zu töten, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, von dem Bestehen der Verbindung oder Verabredung, von dem Plane oder dem Vorhaben und von den ihm bekanntgewordenen Beteiligten der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Gefängnis bestraft. — Ein Geistlicher ist nicht verpflichtet, anzuzeigen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist. — Wer eine Anzeige unterläßt, die er gegen Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten oder Geschwister erstatten müßte, ist straffrei, wenn er sich ernstlich bemüht hat, sie von der Tat abzuhalten oder den Erfolg abzuwenden, es sei denn, daß es zu einer Tötung oder einem Tötungsversuche gekommen ist, die bei rechtzeitiger Erstattung der Anzeige hätten verhindert werden können. Unter denselben Voraussetzungen ist ein Rechtsanwalt, Verteidiger oder Arzt straffrei, der nicht anzeigt, was ihm bei Ausübung seines Berufs anvertraut worden ist.

§ 3.

Wer gegen den Reichspräsidenten oder gegen ein Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. — Wer eine solche Gewalttätigkeit mit einem andern verabredet oder, nachdem sie begangen worden ist, belohnt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, jedoch nicht unter einem Monat, bestraft.

§ 4.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vor-

schriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft: 1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder wer eine solche Verbindung unterstützt; — 2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbelegte Waffen besitzen.

§ 5.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung 1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet; — 2. die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung herabzusetzen sucht; — 3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung in Beziehung auf sein Amt beschimpft oder verleumdet; — 4. zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder den Bestand des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

§ 6.

Die Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder wegen eines Verbrechens nach § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes hat außer den im § 31 des Strafgesetzbuchs genannten Folgen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte von Rechts wegen zur Folge. — Wird wegen Hochverrats oder wegen einer der in den §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes bezeichneten Handlungen auf Gefängnis erkannt, so kann zugleich auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. Soweit nach anderen Vorschriften auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden kann, behält es dabei sein Bewenden.

§ 7.

Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 5 bezeichneten Handlungen auch dann verfolgt werden, wenn diese Taten im Ausland begangen sind.

§ 8.

Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1, 3, 4 oder 5 den Frieden stören und geduldet werden, können durch Beauftragte der

Polizeibehörde aufgelöst werden. — Für die Mitteilung der Gründe der Auflösung, für das Beschwerdeverfahren und für die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gelten die Vorschriften der § 2 Abs. 2, § 14 Abs. 2, §§ 16 und 18 Nr. 4 des Reichsvereinsgesetzes.

§ 9.

Sofern der Zweck eines Vereins den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, sind für seine nach § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig. — Der Reichsminister des Innern kann die obersten Landesbehörden um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich auf telegraphischem oder telephonischem Wege, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig auf demselben Wege die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts an. Entscheidet dieses für die Auflösung, so hat die oberste Landesbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen. — Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich an die oberste Landesbehörde abzugeben. Die oberste Landesbehörde kann der Beschwerde außer im Falle des Abs. 2 abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Reichsverwaltungsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung der obersten Landesbehörde, die der Beschwerde abhilft, kann der Reichsminister des Innern die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen. — Solange das Reichsverwaltungsgericht nicht besteht, tritt an seine Stelle ein Senat des Reichsgerichts, der durch den Geschäftsverteilungsplan bestimmt wird. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz und mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften über das Verfahren.

§ 10.

Wird ein Verein, weil sein Zweck den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, aufgelöst, so kann sein Vermögen zugunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden. — Zur Vermeidung von Härten kann das Land aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigen.

§ 11.

Wer sich an einem Verein, der wegen eines den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. — Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 12.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. S. 65) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung §§ 23 ff. des Gesetzes) finden auf die in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 und 110 des Strafgesetzbuchs bezeichneten strafbaren Handlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Staatsanwalt scharf gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zusteht.

§ 13.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in andern Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 9 Anwendung. — Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 14.

Wer eine nach § 13 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. — Für die Beschlagnahme solcher Druckschriften gelten die Vorschriften des § 12.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, spätestens aber am 31. Dezember 1932, außer Kraft.

Berlin, den 25. März 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg.

Der Reichsminister des Innern Der Reichsminister der Justiz
Severing. v. Guérard.

Der Staat ist die Gefahr!

Wir haben die französische Revolution gemacht. Unsre Väter haben geglaubt, das geschah, um sich zu befreien. Irrtum, das geschah, um den Herrn zu wechseln. Ach, das ist allgemein die Neigung derjenigen, die es leichter finden, das Ideal zu zerstören als den Geist des Aberglaubens in sich selbst zu unterdrücken. Als Brutus Cäsar getötet hatte, ertönte eine Stimme aus der Menge: „Man muß Brutus zum Cäsar machen!“ Ja, wir haben den König geköpft: Es lebe König Staat! Wir haben den Papst entthront: Es lebe Papst Staat! Wir haben den Herrgott verjagt, und schon rufen diese Herren: Es lebe Herrgott Staat! Meine Herren, ich bin für kein Königtum, ich bin für kein Papsttum. Der Staat, ich kenne ihn, hat eine lange Geschichte von Mord und Blut. Alle Verbrechen, die sich in der Welt gehäuft haben, die Metzereien, die Kriege, die Justizmorde, die Scheiterhaufen, die Folterungen, alles wurde gerechtfertigt durch das Staatsinteresse, durch die Staatsräson. Der Staat hat eine lange Geschichte. Sie

ist ganz voll Blut. Wahrhaftig, meinen Sie, ich hätte die Monarchie abgeschafft, ich hätte auf die alte Vorsehung verzichtet, die den Schlüssel zur Hölle und zum Paradies hält, auf das Evangelium der Gnade und Barmherzigkeit, das in der Bergpredigt verkündet wurde, um das Untier Staat anzubeten, das über und über von menschlichem Blut tropft, das verantwortlich ist für alle Abscheulichkeiten, unter denen die Menschheit je ge-seufzt hat, unter denen sie immer noch seufzt? Nein, das kann ich nicht.

Georges Clémenceau (Rede im Senat am
17. November 1903).

Pfingstgnade

Man kann heute beinahe zufrieden sein, daß die Amnestie vom 14. Juli 1928 die Feme-Scharfrichter nicht gleich von aller Schuld freisprach, sondern ihre Urteile nur herabminderte. Außer Herrn Klapproth konnte man die Beteiligten auch so unter diesem oder jenem Vorwand nach und nach der Republik zurückgeben, vor allem aber konnte man noch von einem Martyrium der nationalen Recken reden und dadurch die Anklagen der Arbeiter, daß ihre Revolutionäre — Margies, Gökeler, Sepp Müller usw. — benachteiligt werden, vor Unwissenden und Urteilslosen mit einem Schein von Gründen entwerten. Immerhin führt aber Klapproth dem Genossen Müller in Plätzensee tatsächlich noch Tag für Tag vor Augen, wieviel angenehmer es in der Ebert-Republik ist, wegen patriotisch geheiligter als wegen proletarisch verdammt politischer Taten verurteilt zu sein, und daher ist das Verlangen nach einer Amnestie auch bei den schwarzweißbroten Deutschlandbefreiern noch lebendig. Dazu kommt, daß der Prozeß Fahlbusch bis jetzt nur unter allen möglichen Verschleppungskünsten vermieden werden konnte. Da dieser Prozeß aber für Paul Schulz sehr peinlich sein müßte und nach allen Anzeichen angenommen werden kann, daß diesmal die Hintergründkräfte der Morde noch deutlicher beleuchtet würden, als bisher, so ist be-greiflich, daß die in Deutschland tatsächlich politisch herrschenden Ge-walten die Gelegenheit der linksrheinischen Young-Amnestie benutzen wol-len, ihre Freunde ein für alle Male aus dem Zusammenhang mit der Justiz-tätigkeit zu entlassen. So bietet die Zurückhaltung von 1928 auch dem Proletariat die Möglichkeit, wieder einmal mit stärkerer Aussicht, als sie seit langem bestand und voraussichtlich bald wiederkommen wird, für die Massen-freilassung der Klassengenossen im Zuchthaus einzutreten.

Was geschieht aber? Am 24. Mai beraten die Parteivertreter von den Faschisten bis zu den Bolschewisten im Rechtsausschuß des Reichstags über das Ausmaß der Pfingstgnade zur Feier der Rheinlandräumung. Die Regie-rungsparteien haben im Familienkreise bereits die einigende Formel gefun-den, wie sie die Fememörder herauskriegen und die andern festhalten kön-nen. Das Kompromiß ist einfach: die Amnestie vom Juli 28 wird auf alle politischen Taten ausgedehnt, soweit sie vor dem 1. Dezember 1924 begangen wurden und nicht grade Morde waren, die sich gegen Regierungsmitglieder richteten. Man kann sagen, daß das wenigstens die Ungerechtigkeit mit of-fenem Visier vorführen heißt. Man lese Gumbels hier schon erwähnte vor-zügliche Schrift „Verräter verfallen der Feme“ — man kann sie gar nicht gründlich genug lesen — und überzeuge sich von den Daten der Feme-Unter-nehmungen. Sie werden grade noch alle erfaßt von der Amnestie. Die Aus-nahmen treffen allein die beiden Mörder Erzbergers, da die an Rathenaus Ermordung Beteiligten ihre Zeit ohnehin schon hinter sich haben. Den Herren Schulz und Tillessen aber geht's ja gut, und wenn sie nicht mehr im Ausland leben mögen, dann hat der gegenwärtige Polizeiminister von

Thüringen schließlich aus seiner Münchner Polizeipraxis genügend Erfahrung, um zu wissen, wie man verfolgte nationalistische Mörder auch innerhalb der Grenzen vor Verfolgung schützen kann. Es handelt sich also um eine einseitig zugunsten der Femeitäter unternommene Aktion, bei deren Durchführung man des guten Aussehns wegen die paar proletarischen als politisch anerkannten Revolutionäre, die schon 1928 nur unter sorgfältiger Auslese der Herabsetzung der Strafe auf 7 $\frac{1}{2}$ Jahre Gefängnis teilhaftig wurden, mit durchschlüpfen läßt. Margies wird frei werden, ebenso wird endlich Göckeler herauskommen, den der nun vor die göttliche Gerechtigkeit entrückte Niedner aus Wut darüber schuldig sprach, daß Wollenberg nicht mehr zu kriegen war. (Falls im Himmel dieselben Rechtsgrundsätze herrschen sollten, die Niedner auf Erden angewendet hat, dann ist ihm als einwandfreien Begünstiger aller Reaktionäre und Vernichter aller graden Charaktere ein Ehrenplatz im Paradiese gesichert.) Auch Wollenberg und andre Emigranten werden wohl Gelegenheit bekommen, sich wieder im Lande umzusehen und zu überlegen, wie man nun etwa über den seligen Ebert in Beziehung auf sein Amt noch die Wahrheit sagen kann, ohne den § 5, Abs. 3 des neuen Republiksschutzgesetzes zu verletzen. Man könnte sich nämlich vorstellen, daß manche Leute, denen man die Tätigkeit des verstorbenen Reichspräsidenten, ohne sie im geringsten zu verfälschen, als eigene Handlungen zumuten möchte, das als infame Beschimpfung auffassen würden. Jedenfalls wären ohne seine amtliche Wirksamkeit unzählige Proletarier niemals in die Lage geraten, auf irgend eine Gelegenheit zu warten, die der Reaktion einmal die Ausschüttung ihrer Pfingstgnade ratsam scheinen ließe.

Hätten die Parteikommunisten eine leise Ahnung von politischer Psychologie, vorausgesetzt, daß sie den Willen haben, mit ihrer Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften innerhalb der bestehenden Verhältnisse und im Rahmen der von der Bourgeoisie gestatteten Mitwirkung an der kapitalistischen Gesetzgebung hier und da ein kleines Plus für den ausgebeuteten Teil der Gesellschaft herauszuholen, — dann hätten sie sagen müssen: Wir verstehen, daß ihr die Femeigeschichten endlich einmal aus der Welt schaffen wollt. Die Verurteilten dabei sind ohnehin nur ausführende Hände politischer Köpfe gewesen, die wie das politische Gesamtbild Deutschlands zurzeit zeigt, überaus erfolgreich gewesen sind und es weiter sein werden, bis eine gründliche Revolution die Grundlage ihrer Erfolge beseitigt haben wird. Auch kann den Leuten von der Schwarzen Reichswehr keineswegs bestritten werden, daß ihre Gesinnung tief arbeiterfeindlich war und daß der Kampf, den sie gegen Demokratie und Republik geführt haben, im Interesse des Kapitals, somit der herrschenden Gesellschaft lag. Niemand kann billigerweise verlangen, daß Sie, die gesetzgebenden Vertreter eben dieses Kapitals, den politischen Charakter der Fememorde leugnen und die Täter auf die Dauer verleugnen sollten. Lassen Sie sie frei, streichen Sie die Strafen aus, folgen Sie dem Drange Ihrer Herzen. Nur: Sie erklären, daß Sie Gerechtigkeit üben wollen und daß die Gesetzgebung darauf bedacht sein müsse, daß nirgends zweierlei Maß angewendet werde. Ach bitte, dann vergleichen Sie mal die Taten derer, die aus Angst und Gehorsam um ihre Existenz nicht zu verlieren, wirkliche und vermeintliche Spitzel der Arbeitskommandos umgelegt haben, mit den Taten unsres Genossen Karl Peters, der, überzeugt von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, zusammen mit einer Gruppe anderer Kämpfer in der Zeit des noch nicht bedeten bewaffneten Bürgerkrieges — Sie selbst bestimmen ja das Ende dieses Bürgerkrieges erst mit dem 1. Dezember 1924 — die Finanzierung der revolutionären Bewegung unter Gefahr für Leib und Leben durch gewaltsame Requisitionen betrieb. Er und seine Genossen Karl Nachtgall und Herbert Kobitsch-Meyer haben niemanden vorsätzlich ums Leben gebracht, wie Ihre Femeleute. Warum bestreitet man ihnen aber den Charakter als politische Verbrecher, wenn Sie ihn den völkischen Bravos zuerkennen? Grade

gegen die drei genannten Genossen wurden alle möglichen juristischen Vorwände zusammengesucht, um sie von der Amnestie von 1928 auszuschließen, die ihren Mittätern sonst ausnahmslos zugute kam. Kobitsch-Meyer mußte im Kerker jammervoll verenden, weil der Begriff des Politischen nicht angewendet war und demgemäß nach Belieben reaktionärer Exegeten angewandt wurde. Wir verlangen daher eine wirkliche Amnestie mit weitesten Ausmaßen, bei der selbstverständlich Ihre Fememörder mitsamt sogar den Ministermördern — sind denn Ministerleben wertvoller als die Leben anderer Menschen? — sich von uns aus herzlich gern zu Ihnen gesellen mögen.

Haben die Parteikommunisten so gesprochen? Sie haben, wie die Rote Fahne mitteilt, das Gegenteil getan. Walter Stoecker hat eine wahrscheinlich sehr schöne Rede gehalten, von deren Inhalt seine Parteigenossen etwa 25 Zeilen, die übrigen Sterblichen höchstens drei Zeilen erfahren, und hat darin zunächst einmal „in scharfer Rede mit den Plänen der Amnestierung der Fememörder abgerechnet“. „Bei allen Fememördern wird selbstverständlich immer ein politischer Beweggrund angenommen, auch wenn ihre heimtückisch ausgeführten Mordtaten mit Politik überhaupt nichts zu tun haben.“ Wie soll man sich solche Blödsinnigkeit eigentlich erklären? Verlangen die Kommunisten von der bürgerlichen Gesellschaft, sie dürfe nur diejenigen amnestieren, die einen ernstlichen Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaft führen, aber beileibe nicht diejenigen, die den Bestand der bestehenden Gesellschaftsordnung gegen das Proletariat verteidigen? Bildet man sich ein, damit etwas Praktisches auszurichten? Oder ist man vielleicht selber der Meinung, daß die verurteilten proletarischen Revolutionäre sich ja gegen den kapitalistischen Staat nicht halb so ernsthaft vergangen haben wie die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, daß also die Sicherheit der bestehenden Ordnung die Freilassung unserer Genossen leicht vertragen, aber an der der Fememörder bitteren Schaden nehmen müsse? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Ueberlegungen dieser Art bei den führenden Parteiparlamentariern gar nicht angestellt werden, sondern daß man dort nur daran denkt, bei den wählenden Erfolgsmassen im Lichte der Opposition zu glänzen, die niemals merken dürfen, daß das Parlament ein Ort ist, wo Staatsstützer etwas durchsetzen können, wenn es dem Staat nichts schadet. daß aber Opposition jeder Art an dieser Stelle praktische Wirksamkeit für die Arbeiterklasse überhaupt nicht haben kann. So bleibt als Zweck der Uebung die schöne Zeitungsüberschrift.

Die Sozialdemokraten lassen sich auch in ihrer „Opposition“ nicht in einer stramm büttelhaften Feindseligkeit gegen alle ins Unglück geratenen Opfer ihrer Gesinnungslosigkeit irre machen. Der Niedrer muß noch im Orabe recht behalten. Die Landsberg und Heilmann möchten das „Volk“ durch keinerlei Pfingstgnade im Vertrauen auf die deutsche Justiz verwirren. Man regiert jetzt ohne sie, dessen zur Strafe muß in den Zuchthäusern bleiben, was Eberts Geist hineingehetzt hat. Es ist ein wahrer Trost, daß die Freunde der Fememörder jetzt am Regieren sind, sonst käme überhaupt nichts zustande. Auch das Essen würde nicht billiger sein, wenn statt des Schiele noch der Dietrich vor dem Kuhmist Wache hielte, nur müßte der Dietrich, dieser Nachschlüssel der Demokratie zu Brünnings Kabinett, republikanische Tradition wahren, das heißt, lieber Zehntausenden von armen Entrechteten die Luft abschnüren, als einem zum Schein verurteilten völkischen Radaubruder die Freilassung auf den meistens sowieso bewilligten Urlaubszettel zu stempeln.

Auf den Gedanken, der Amnestieforderung des Proletariats dadurch Nachdruck zu geben, daß man eine wirkliche Vollamnestie verlangt hätte, sind natürlich auch die Kommunisten nicht verfallen. Sie klammern sich ängstlich an den alten Begriff „politische Gefangene“, Was das ist, wird nirgends erklärt. Die Erklärung bleibt, wie vor zwei Jahren, den Staatsanwälten und Geheimräten überlassen. Natürlich ist es schändlich, daß man

wieder mal wie bei der famosen Hindenburgamnestie 1925 die Pfingstgnade nicht bis in die Gegenwart erstrecken will, sondern diesmal alles davon abzuschließen plant, was nicht schon $5\frac{1}{2}$ Jahre zurückliegt. Aber warum steht da kein Proletarierversreter auf und sagt: Schön, dann aber bitte wirklich Amnestie bis 1. Dezember 1924! Ohne Prüfung, was jemand getan hat. Es sind lauter Leidende im Menschenkäfig, und viele, sehr viele, die ihr wegen „krimineller“ Handlungen hineingesperrt habt, sind viel anständigere Menschen als Hunderte, die in Amt und Würden sitzen. Die meisten Zuchthäusler kamen durch Not zu ihren Gesetzesverletzungen, und weil sie weniger gerissen zu Werke gingen, als die Berliner Stadtbözen Busch und Katz, daher auch bedeutend weniger ergatterten, als die Schieber aller Sorten, denen schon nichts Ernsthaftes geschehen wird — ein Sklarek braucht sich bloß 50 000 Mark zu pumpen, und ein Gauner dieses Maßes kriegt sie an einem Nachmittage gepumpt!, und wird aus dem Staatsgewahrsam entlassen —, deshalb hält der Staat sie so gründlich eingegittert, daß ihre Not lange keinem Bürger die Laune verderben kann. Wißt ihr denn, was fünf-einhalb Jahre Zuchthaus bedeuten? Glaubt ihr, daß es in der Welt irgend-eine Schandtät gibt, die nach 10 oder 15 Jahren „gesühnt“ sein wird, aber nach $5\frac{1}{2}$ Jahren noch nicht?

Freilich, den Staat, seine Parteien, vom parlamentarischen Kretinismus (Verzeihung, der Ausdruck ist von Karl Marx!) befallene Proletarierversreter von der Tatsache überzeugen zu wollen, daß alle „Verbrechen“ politisch und sozial motiviert sind, und daß schon darum die Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Verurteilten, wenn nicht ganz genaue Erkennungsmerkmale festgestellt werden, Unfug ist und der Bürokratenwillkür — wie 1928 — alle Tore öffnet, ist nutzlose Bemühung. Vielleicht stellt man aber wenigstens einmal Forderungen auf, wie sie im FANAL mehrfach formuliert worden sind, um den wenigen anständigen Leuten, die es in jeder Bewegung gibt, auf die Sprünge zu helfen, einmal auch noch vor der Revolution, die die Kerker ohne Auswahl aufreißen muß, eine Entleerung der Qualanstalten im größeren Umfange herbeizuführen.

Unter Benutzung meiner in Jahrg. III, Nr. 12 veröffentlichten Vorschläge empfehle ich nicht nur unsern Genossen, sondern vor allem der Liga für Menschenrechte, der Roten Hilfe, den einsichtigen Juristen, Aerzten und allen mit sozialem Gewissen begabten Menschen eine Amnestie auf folgender Grundlage propagandistisch vorzubereiten:

1. Vollständige Tilgung aller Strafen, die mehr als 10 Jahre zurückliegen. Mindestens Auslöschung aller noch im Namen der Monarchie verkündeten Urteile.
2. Amnestierung aller Straftaten, die in irgendeinem Zusammenhange mit Krieg, Nachkriegswirren, Kapp-Putsch, Mitteldeutschem Aufstand, Inflation, Deflation und Rationalisierung stehen.
3. Anerkennung aller von Sondergerichten abgeurteilten Straffälle als politischen Charakters, demnach Anwendung früherer Amnestien.
4. Zeitliche Begrenzung aller lebenslänglichen Strafen auf höchstens zehn Jahre. Prozentuale Herabsetzung aller übrigen Strafen; Höchstmaß 5 Jahre.
5. Alle strittigen Fälle sind als politische anzuerkennen. Auf Spionage, Landesverrat usw. sind die Amnestien anzuwenden.
6. Restlose Amnestierung der Verurteilten und Verfolgten aus §§ 175, 218 und 219. Die durch Wort, Schritt und Kunst begangenen Straftaten sind als politisch zu amnestieren.
7. Freilassung aller Kranken, deren Haftunfähigkeit von außeramtlichen, in ausdrücklichem Einverständnis des Patienten gewählten Aerzten bescheinigt wird. Beurlaubungen in Krankheitsfällen unter Ausschließung staatsanwaltlicher Begutachtung. Strafunterbrechung in allen Fällen ausgebrochener oder drohender Haftpsychose, ohne Rücksicht

auf die „Führung am Strafort“. Gelegenheit zu geschlechtlichem Verkehr für ausnahmslos alle Gefangene.

8. Niederschlagung aller Strafen, die durch Ausbruchversuche, Meuterei und sonstige Unbotmäßigkeit bei der Strafvollstreckung erworben sind.
9. Amnestierung aller Bagatellsachen, aller aus eigener oder der Not von Angehörigen entstandenen Strafsachen, worunter nicht nur Eigentumsvergehen, sondern auch Verzweiflungstaten infolge wirtschaftlicher Not gehören, ferner Sexualdelikte, die nachweislich aus üblen Wohnverhältnissen entstanden sind, Affekthandlungen jeder Art, die sich aus besonderen unglücklichen Zufällen erklären und keine Wiederholung erwarten lassen.
10. Volle Anrechnung erlittener Untersuchungshaft oder zeitweiliger Unterbringung in Kranken- oder Irrenhäusern in ausnahmslos allen Fällen.
11. Wiederaufnahmeverfahren in allen Fällen, in denen schon eine Revisionsverhandlung Aussicht auf Erfolg haben könnte.
12. Entlassung aller Strafvollstreckungsbeamten, deren Entfernung von einem Drittel der Gefangenen einer Anstalt verlangt wird.

Die Pfingstgnade, die die Parteibonzen, die uns die Gesetze machen, damit die Zuchthäuser nicht leer werden, über Young-Deutschland ausschütten werden, wird selbstverständlich an den Opfern der von ihnen betriebenen Politik vorbeigehen. Der heilige Geist, der über diese Auslese mit sich selbst zufriedener Bürger kommt, weiß nur von einer Gerechtigkeit, die ihren Mann ernährt. Wer den Frieden der Republik stört, indem er womöglich gar nach der Herkunft des Gutes der Besitzenden fragt oder es sich nach eigenem Recht aneignet, muß unschädlich gemacht werden, und alle Gnade des Reichtums gegen die Armut erschüttert nur den Glauben an die Gerechtigkeit. Eine Amnestie darf nie zu weit getrieben werden. Aber demnächst gibt es ein neues Strafgesetzbuch. Wenn das zur Beratung kommt, wird sich das Pfingstwunder der Bibel erfüllen: „Und als der Tag der Pfingsten erfüllt war, waren sie alle einmütig beieinander. Und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel, als eines gewaltigen Windes, und erfüllte das ganze Haus, da sie saßen. Und man sah an ihnen die Zungen zerteilt, als wären sie feurig. Und er setzte sich auf einen jeglichen unter ihnen; und wurden alle voll des heiligen Geistes und fingen an zu predigen mit andern Zungen, nachdem der Geist ihnen gab auszusprechen.“ (Apostelgeschichte, 2, Vers 1—4.) Wenn sie aber hören werden, daß sie anstatt neuer Strafgesetze lieber eine Amnestie für die Notleidenden machen sollen, wird es mit Vers 12 heißen müssen: „Sie entsetzten sich aber alle, und wurden irre und sprachen einer zu dem andern: Was will das werden?“ Wenn die Arbeiter endlich merken werden, daß die „Verbrecher“ in den Zuchthäusern nicht schlechter sind als sie, sondern ihresgleichen und ihres Schicksals wegen die natürlichen Verbündeten aller Revolution, dann brauchen wir nicht bange zu sein, was das werden will; dann werden die Bonzen aller Sorten bald genug ihr Pfingstwunder erleben.

Das Licht aus dem Osten

Erwartet, Freunde, keine Entscheidungen ungeheurer weltverändernder Kämpfe vierzehn Tage nach ihrem Ausbruch. Die chinesische Revolution steckt nach jahrelangem Auf und Nieder noch immer in ihren Anfängen, und auch für die russische Umwälzung bedeutet das Stagnieren in Staats-taktik und Bürokratismus noch keineswegs das Ende. Die Entscheidung

dieser Revolutionen ist dennoch bereits gefallen; sie liegt in der Tatsache daß der Ring gesprengt ist, von dem die alte, unerträglich gewordene Ordnung der Dinge umschlossen war. Die Revolution selbst ist der Sieg über die Vergangenheit, der Sieg der revolutionären Idee aber muß erst erstritten werden, und zwar über die Parasiten der Revolution, die den neuen Wein in ihre alten Schläuche füllen möchten, um ihn den Bazillen der Vergangenheit auszusetzen und ihn so den Gelüsten der Autorität und der Ausbeutung wieder schmackhaft zu machen.

Der Sturm ist entfesselt. In ganz Asien rüttelt er an den Fundamenten der Vergangenheit, einer Vergangenheit, die Europa heißt. Das ist der Sinn der russischen Revolution gewesen, die Bindung an den Westen zu zerreißen, die Bindung an eine verfallende, zukunftslose in Liberalismus, Demokratismus und anderen Surrogaten der Gemeinschaftsvernunft verdorbene Zivilisation, deren letzte Verflechtung das Kriegsbündnis mit den imperialistischen Westmächten bewirken sollte. Die Frage war: soll Rußland, der mächtige Wall zwischen Europa und Asien, europäisch oder asiatisch werden? Der Krieg bestimmte: europäisch, denn Europa — das ist der Kapitalismus, das ist die Volksversklavung in modernisierter Form, das ist der in fortschrittliche Phrasen gewickelte militärische und staatliche Kanibalismus der mechanischen Geldquetsche. Die Revolution entschied: asiatisch; denn Asien — das ist der gefesselte Riese der Verbundenheit und der Freiheit, ist die unverdorbene Leidenschaft zum Lichte drängender Kraft, ist fruchtbares Land für die staatlose Kultur des Sozialismus. Die russische Revolution war das Bekenntnis gegen Europa zum Lichte des Ostens. Aber diejenigen, die sich berufen glaubten, das russische Volk über den Sinn seiner Revolution belehren und es den rechten Weg zum Sozialismus führen zu müssen, verkannten völlig den Geist der Tat, der ein morgenländischer Geist ist und zwangen die Revolution unter den abendländischen Geist der Theorie, einer ganz europäischen, schlimmer: einer schematischen Entwicklungstheorie, die nur Sinn hat als Ausdruck der Skepsis gegen den Privatkapitalismus und, autoritär, zentralistisch, nur materialistisch, das heißt stoekeuropäisch, den Staatskapitalismus ans Ende der sozialistischen Emanzipation der Völker setzt. Der Marxismus, diese echt deutsche Lehre, die nichts vom Menschen, die nur vom aufgehenden Rechenexempel weiß, hat die russische Revolution in die bürokratische Sackgasse geführt, die wohl aus der Finsternis Europas herausfand, der aber das Licht aus dem Osten unverständlich ist, weil keine westliche Theorie es erklärt. Als die Bolschewisten versuchten, es den Chinesen marxistisch zu deuten, erlebten sie die krassste Niederlage, die ihnen noch zuteil ward.

Jetzt brennt Indien. Wieder ist es, wie in China, ein Feuer, dessen Flammen den künstlichen Bau der europäischen Herrschaft umzüngeln, der zum Kerker Asiens geworden ist. Der Brand glimmt schon im ganzen Gebälk, aber er wird die stärkste Feste des britischen Imperialismus nicht von heute auf morgen zerstören. Die Kräfte, welche sie in irgend einer Form zu retten trachten, sind unermesslich stark, und es sind nicht nur materielle, es sind auch ideelle Kräfte am Werke, dem Feuer seine Beute nicht völlig zu überlassen. Der europäische Entwicklungsgedanke: eins nach dem andern, Etappenkampf mit kurzen Zielsetzungen, Abwägung des zunächst Erreichbaren, schrittweises Vorgehen, Erlisten von Teilzahlungen auf dem Verhandlungswege, — dieses den eigenen Kampfgeist lähmende Herumtrippeln, das dem Feinde Zeit schenkt, durch scheinbares Entgegenkommen den Widerstand gegen die Revolution zu kräftigen und die erschütterte Autorität wieder herzustellen, hat leider auch bei sehr ehrlichen Indern Schule gemacht. Gandhi einen Verräter zu nennen, wie es die Parteikommunisten tun, ist so ungerecht wie töricht. Gandhi hat das unendliche Verdienst, das Bewußtsein der Inder, eigenes Lebensrecht gegenüber der britischen Ausplünderung verteidigen zu müssen, in Jahrzehnten gepflegt

zu haben. Er hat die zeitweilig höchst wirksame Kampfweise des passiven Widerstandes, die von seinen Landsleuten verstanden und glänzend bewährt wurde, die vor allen Dingen den Engländern ungeheuren Schaden zugefügt und ihre Autorität heillos diskreditiert hat, unter dauernder Nichtachtung der eigenen Freiheit und Sicherheit prachtvoll angewendet. Sein ganzes Leben, das nicht nur in seiner Heimat, das auch im Kapland in vorbildlichem Einklang stand zu seinen Lehren, müßte ihn gegen persönliche Anwürfe schützen. Die MacDonald-Regierung hat ihn verhaftet, weil sie grobenteils dank seiner Aufforderungen zur Gehorsamkeitsverweigerung in die Lage geriet, lieber das Unpopulärste zu tun, womit die Inder noch gereizt werden konnten, als das aufgewühlte Land der Reinheit seiner Stimme länger preiszugeben. Nur sachlich darf Gandhi angegriffen werden, und sachlich ist ihm allerdings zu erwidern, daß eine Revolution, die die Formen des gewaltsamen Aufstandes angenommen hat, nicht in ihren Kampfmitteln eingeengt, noch gar auf gemäßigte Forderungen verhalten werden darf. Das hat die russische Revolution in ihrem Verlaufe so außerordentlich gehemmt, daß die Lehre in ihr sich durchsetzen konnte, die Befreiung zum Sozialismus müsse sich nach bestimmten, wissenschaftlich errechneten Phasen vollziehen, und erst müsse eine Staatsregierung im Namen des Proletariats Diktatur üben, ehe das Proletariat dazu befähigt erklärt werden könne, alle Macht durch seine Räte selbst auszuüben. Nun weiß keiner mehr, wie die bürokratischen Machthaber aus ihrer revolutionshindernden Allmacht wieder verdrängt werden sollen. So war es auch in China, wo dieselben russischen Staatssozialisten den Ratschlag durchsetzten, die Kulis müßten sich in der ersten Etappe der Revolution der bürgerlichen Kuomintang unterstellen; nach deren Machtergreifung erst sei das Proletariat an der Reihe, für die eigene Freiheit zu kämpfen. Die Wirkung war das entsetzlichste Gemetzel unter den Arbeitern, ausgeführt von der jungen Bourgeoisie Chinas, die das von Moskau anempfohlene Rezept, das ganz und gar europäischer Herkunft ist, für ihren Vorteil sehr bekömmlich fand. Die weitere Wirkung ist, daß der Generalskrieg, mit dem Europa selbst das Licht im Osten auszulöschen sucht, verheerend weiter tobt, ohne den einzig wirksamen Widerstand in der revolutionären Kraft der dezimierten Kulis zu finden. Die indische Revolution muß als Revolution Asiens gegen Europa stark erhalten werden. Die Solidarität der europäischen Arbeiterschaft hat nicht darin zu bestehen, daß wir den Indern gute Ratschläge erteilen, wie sie ihr Werk wissenschaftlich richtig zu Ende zu führen haben, sondern darin, daß wir ihnen helfen, die europäische Zivilisation auszurotten, die sich ausdrückt im Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, in Autorität, Zentralisation und jeder Art Staatsgewalt. Europa hat in der Aufgabe versagt, der Weltrevolution für Sozialismus und Freiheit voranzugehen. Die Aufgabe ist von Asien übernommen worden. Das, was sich in Europa immer noch Sozialisten zu nennen wagt, hat sich an die Spitze der Gegenrevolution gestellt. Der Vorwärts z. B. sieht die Tragik der indischen Revolution nicht im Schicksal der indischen Arbeiter, die um ihres Freiheitstrebens willen von der „Arbeiterregierung“ des Herrn MacDonald ermordet werden, nicht in dem Elend, dem Hunger, der Entwurzelung der Frauen und Kinder des Landes, sondern er findet das Los des „Genossen“ MacDonald tragisch, der als Regierungschef Englands genötigt ist, die Hungernden abzuschlachten, die er, der Sozialist, doch so inbrünstig liebt. Nicht die 15 000 deutschen Arbeiter, die vom November 1918 bis zum Kapp-Putsch erschossen, erschlagen, erwürgt und massakriert wurden, sind beklagenswert, sondern der arme Noske; nicht um die Toten vom Mai 1929 laßt uns weinen, sondern um den Zörgiebel, den die sozialistische Überzeugung zwang, das Amt des Berliner Arbeiterwürgers zu versehen.

Der Mord wütet im Namen MacDonalds und seines Königs in Indien; aber schon haben eingeborene Soldaten gemeutert und die Waffen den

kämpfenden Hindus und Parias zur Verfügung gestellt. Der Brand dehnt sich aus. Schon hat er nach Indochina übergegriffen, wo die Franzosen Europas Zivilisation mit den Mitteln verteidigen, die sie in Syrien geübt haben. Das Kapital fürchtet um seine Geschäfte, da ist Mord und Verwüstung, Niedertracht und viehische Mißhandlung Recht und gute Sitte. Aber auch sie bekommen es schon mit meuternden Regimentern zu tun, und wir dürfen hoffen, daß die Flammen von China und die von Indien bald genug auch Französisch-Indochina einhüllen werden. Asien erhebt sich gegen die Knechtschaft, die Menschheit erhebt sich gegen den Kapitalismus. Die asiatischen Brüder kämpfen gegen die europäischen Bedrücker, die ihnen ihr Land gestohlen haben. Die Befreiung Asiens wird nicht nur den Asiaten dienen, sondern den Proletariern der ganzen Welt. Die Kapitalisten wissen das gut. Ihr „Paneuropa“, mit dem sie die Einfalt wohlmeinender Aestheten betören, ist — Herr Briand weiß es besser als Herr Coudenhove-Kalergi — kein Gebilde, das dem Frieden der Welt den Weg bereiten wird, sondern die Vertrustung der kolonialen Sklavenshalter, die Verschwörung der europäischen Völkerbünditen wider das Frührot, das aus dem Osten herüberdämmert und bereits ihren Schlaf beunruhigt. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder aber mögen ihren Europäerstolz beiseite stellen. Ihre Aufgabe ist es nicht, eine Zivilisation zu verteidigen, von der sie selbst nichts anderes als Knechtung und Entwürdigung erfahren haben; sie sollen ihren Geist bereit halten und ihn entflammen lassen vom Licht aus dem Osten. Denn zwingt die Erhebung des Orients gegen den Imperialismus das Kapital zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa, so begeistert diese Erhebung das revolutionäre Weltproletariat zu dem Gelöbnis: Entstaatete Vereinigung der arbeitenden Menschen aller Länder!

Willkommen !

Wir Anarchisten erleben zurzeit die Freude, zwei international verdiente Genossen am Tageslicht begrüßen zu können. Vor allem dem tapferen Revolutionär Radowitzky, der nach 20jährigen unbeschreiblichen Martern auf den Feuerinseln freigelassen worden ist, das verdiente Willkommen! Die Anarchisten der ganzen Welt haben seit ungefähr 1½ Jahren die Agitation aufgenommen, um die internationale Arbeiterschaft auf das scheußliche Verbrechen aufmerksam zu machen, das die argentinische Regierung an dem Kämpfer verübte. Endlich ist es dieser Regierung klageworden, daß die Rache an Radowitzky ihr zu teuer werden müßte, wollte sie dafür die dauernde Aufmerksamkeit des Weltproletariats für ihre Methoden der Klassenjustiz in Kauf nehmen. So übte sie „Gnade“. Es wird uns auch gelingen, Mooney und Billings aus den Klauen der nordamerikanischen Staatsjustiz zu befreien, obwohl das Land, dem die Mörder Saccos und Vanzettis die Grundsätze des Rechtes diktieren, neben dem faschistischen Italien und dem bolschewistischen Rußland für den Willen des Proletariats die taubsten Ohren hat.

Ein weiteres Willkommen gebührt dem italienischen Genossen Angelo Bartolomei, den die belgische Regierung nach einer Haft von 14 Monaten Freiheit wiedergegeben hat. Mit dieser Freilassung ist die Gefahr beseitigt, daß Bartolomei, weil er Ende 1928 auf französischem Boden den Abbé Caravadossi, einen Agenten Mussolinis gegen seine revolutionären Landsleute im Auslande, erschoss, nach Frankreich ausgeliefert würde. Erst jetzt hat Belgien ihm das Asylrecht des politischen Täters zugestanden, und der Faschismus Italiens, dem Frankreich ohne Zweifel den Anarchisten zuschie-

ben wollte, muß auf die Ermordung eines kühnen Menschen verzichten, den der Duce mit Recht für einen seiner entschlossensten Feinde hält.

Nur mit tiefer Erbitterung kann in diesem Zusammenhange der eingekerkerten Genossen gedacht werden, für die alle Mühe, alles Mahnen, Protestieren, Aufklären und Kämpfen bis jetzt vergeblich war: der Anarchisten, die ihrer, unserer Gesinnung wegen in den Gefängnissen Rußlands oder in den Eisgegenden Sibiriens gepeinigt werden. Zu ihnen gesellt sich — das Unglaubliche bestätigt sich — nun auch der Genosse Francesco Ghezzi. Im Vertrauen auf das ihm zugestandene Asyl ging er nach Sowjetrußland, fiel dort niemandem zur Last, wurde kein Bonze und Kostgänger der Armut, sondern arbeitete mit seinen Händen und Muskeln, wie er es als Proletarier gelernt hat. Daß er Anarchist ist, zwang ihn, nach der Tat, mit der er die Arbeiter seiner italienischen Heimat vom Faschismus zu befreien versuchte, von Deutschland, wo ihm das Schicksal Boldrinis drohte, ins Land der Arbeiter und Bauern zu flüchten. Daß er Anarchist blieb, ist der einzige Grund, weshalb ihm die Regierung dieses Landes, für deren Taten man weder Arbeiter noch Bauern verantwortlich machen sollte, so behandelte, wie auch die faschistischen Regierungen die Anarchisten behandeln und wie jede andre Regierung, wenn ihnen nicht irgendwie auf die Finger gesehen würde, ebenfalls die Anarchisten behandeln möchte. Ghezzi wurde ohne Anklage, ohne Verhör, ohne die Möglichkeit zur Verteidigung auf administrativem Wege zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bekanntlich bedeutet diese Befristung der „Strafe“ nur, daß nach Ablauf der vier Jahre die GPU-Bürokratie weiter über den Revolutionär verfügt, wieder ohne Verfahren, ohne Verteidigung, ohne Kontrolle. Wir dürfen uns im Kampf für die Befreiung Ghezzi's und aller übrigen revolutionären Proletarier, die die Bolschewisten gefangen halten, nicht einschüchtern lassen durch das Geschrei der parteikommunistischen Einpauker, die für ihre eigenen verfolgten Genossen in Deutschland Solidarität verlangen, die Solidarität aber, die wir unsern Gesinnungsgenossen erweisen, verleumden und beschimpfen. Wir, die wir alle nicht dulden wollen, daß irgend eine kirchliche oder staatliche Macht gegen das Rußland des Oktobers 1917 auch nur eine drohende Bewegung versuchen sollte, wir meinen es mit der russischen Revolution besser und ehrlicher als die blinden Anbeter und Nachbeter der jeweils amtierenden Obrigkeit im russischen Staate. Denn wir verlangen Rechtlichkeit und Sauberkeit von denen, die als Hüter des revolutionären Landes, mit Recht oder Unrecht, mit Klugheit oder fehlerhaft, die Verantwortung für alles übernommen haben, was in Rußland dem Gemeinwohl dienen soll. Gegen die Anwendung von Doktrinen, die uns falsch scheinen, werden wir diskutieren; gegen Unrecht und revolutions-schädigenden Frevel aber werden wir kämpfen! Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht gefangen halten wie irgend ein gehetzter, heimatloser Mensch. Gebt Ghezzi, gebt die Anarchisten heraus, ihr Treuhänder der russischen Revolution! Wenn einst die Wahrheit über euer frivoles Spiel ans Licht dringt und die gefangenen Revolutionäre erst auf ihren Strahlen eure finsternen Zwingburgen verlassen können, so wird das Willkommen, mit dem das internationale und das russische Proletariat seine befreiten Brüder begrüßen wird, in euern Ohren nicht lieblich klingen. Ohne Stalin kann die russische Revolution leben, ohne Recht und Wahrheit mußte sie sterben.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Genossen!

Besucht regelmäßig die Zusammenkünfte.
Donnerstags 19¹/₂ Uhr, im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 5. Juni:

Vortrag von Meta Kraus-Fessel:
„Im Jahrhundert des Kindes“

Donnerstag, den 12. Juni:

Vortrag von B. Cahn:
„Die Blutinternationale des
Faschismus — und ihre Zer-
trümmerung“

AMNESTIE-SKANDAL Proletarische Gefangene in Not!

Heraus, zur großen Amnestie-Kundgebung!

Freitag, den 13. Juni, 19¹/₂ Uhr,
in den **Hohenstaufen-Sälen**,
Bln.-Neukölln, Kolthusser Damm 76
Referent: ERICH MÜHSAM

Kein Genosse darf fehlen!

Freie Aussprache

FANAL ist in Not!

SAMMELT!

**WERBT!
HELFT!**

MEHRBEZIEHER, sorgt
für pünktliche Abrechnung!

EINGÄNGE FÜR FANAL-FOND

Auf Sammeliste Nr. 15

Mk. 9 20

„ „ „ „ 84

„ 16.20

Unterstützt FANAL durch Bücherbestellungen!

Ein neues Gildenbuch

der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde ist erschienen

Hans Ryner, der
französische In-
dividualanarchist,
ist der Autor des
Romans

NELTI

„Nelti“ führt den Leser nach der
sagenumwobenen Insel Atlantis,
deren Bewohner in anarchistischer
Gemeinschaft und sozialer Har-
monie leben

NELTI ist ein Stück Propaganda für den Anarchismus

Für die Mitglieder der G. f. B. erscheint dieses Buch als
Dreimark-Band, im ASY-Verlag für 5 Mark. Jeder freiheit-
lich Denkende fördert durch seinen Eintritt die G. f. B. –
Monatsbeitrag 1.– Mk.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde / Berlin O 34